

Coburger Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Coburger Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ansträger vierthalbjährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon: 926

Die Einzelgebühr beträgt für die leichtgepaktete Briefporto oder deren Raum 60 Pf., Verlängerungen, Arbeits- und Wohnungsansprüche 50 Pf., ausführliche Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen mit der nämlichen Nummer müssen die 6 Uhr vorliegende, größere Druckerei, in der Expedition abgegeben werden.

Offizielles Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 28.

Montag, den 3. Februar 1919.

26. Jahrg.

Demokratie und Rätesystem.

Friedrich Stampfer schreibt im „Vorwärts“: Wir Sozialdemokraten müssen uns von vornherein darüber klar sein, daß wir überall, wo sich etwas der Demokratie entgegenstellt, geben es sich noch so proletarisch, revolutionär und sozialistisch, unsere Stellung bei der Demokratie einzuh主观en haben. Wir werden uns auch nicht durch die Redensart einsingen lassen, das Rötegefühl sei ja gerade „die echte Demokratie.“ Die echte Demokratie ist das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl- und Stimmrecht als Grundprinzip des gesamten öffentlich-rechtlichen Lebens, wie es in den Wahlen zu den Nationalversammlungen verwirklicht worden ist und bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen demnächst verwirklicht werden wird. Die sozialdemokratische Programmsförderung des allgemeinen Wahlrechts für alle über zwanzigjährigen ohne Unterschied des Geschlechts wird damit zur rohlosen Durchführung gesagt sein.

Demgegenüber hören wir das Schlagwort: „Die A.- und S.-Räte sind die einzige Errungenschaft der Revolution.“ So können nur Leute sprechen, denen die volle Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens nichts ist und die damit unter sozialdemokratisches Programm verzerrt haben — sofern sie es überhaupt jemals fauften. Die große Errungenschaft der Revolution ist die Umwandlung des monarchischen Obrigkeitsstaates in eine demokratische Republik, die in dem Maße sozialistisch sein wird, wie die Mehrheit ihrer Bevölkerung die Notwendigkeit des Sozialismus erkennt. Wer die Demokratie gefährdet, der gesährdet die Errungenschaften der Revolution.

So wenig wie ein Reichskongress der A.- und S.-Räte die Nationalversammlung, kann ein totaler Volksrat die kommunale Demokratie erzeugen. Die Unabhängigen, die mit dem Rätesystem locktieren, fordern zugleich die Kommunalisierung der Polizei. Sobald aber die kommunale Polizeigewalt auf die demokratische Gemeindeverwaltung übergeht, hört der „Polizeirat“ auf, Volksgesetz zu sein; die vollziehende Gewalt liegt dann ganz offenbar nicht in seinen Händen, sondern in den Händen der Kommunalvertretung. Diese kann aber wiederum, solange wir ein einheitliches Reich bilden wollen, ihre Volksgesetzgebung nur im Rahmen der geschäftlichen Bestimmungen ausüben, die von den Vertretungen des Reiches und des Staates erlassen werden. Es folgt eins aus dem anderen, und läckenlos läuftet sich der demokratische Aufbau der Republik von der kleinsten Lokalverwaltung bis zum allgemeinen großen Ganzen.

In diesem System bleibt für Arbeiter- und Soldatenräte als Inhaber der politischen Macht kein Raum. Die Mitglieder des A.- und S.-Räte sind wie alle anderen Bürger der demokratischen Republik den allgemeinen Gesetzen unterworfen. Als ausführende Organe können sie nur jenseit in Betracht kommen, als sie dazu von den eigentlichen Staatsorganen herangezogen werden.

Die Räte können nur fortbestehen als Selbstverwaltungskörper der Arbeiter und der Soldaten im Rahmen der bestehenden Gesetze ohne unmittelbare politische Macht. Ihre Tätigkeitsfeld liegt auf dem Boden der Betriebsorganisation, die freilich für beide Kategorien sehr verschiedenes darstellt.

Im neuen Deutschland wird es sehr wenige Soldaten und sehr viele Arbeiter geben, es ist kaum nicht möglich, auf die Dauer mit Arbeitern und Soldaten wie mit zwei gleichen Hälften zu operieren. Soldat ist, wer noch im Dienste des Reiches Waffen trägt, die andern sind Kriegsteilnehmer, d. h. in den meisten Fällen wieder Arbeiter.

Dass die Waffenträger des Reiches sich traut ihrer Gewalt über die Demokratie erheben, in einer ganz unerträglichen Vorstellung. Das wäre Minderheitsherrschaft, Militärherrschaft in schärfster Form und das Gegenteil des gefundenen Zustandes, bei dem der Waffen tragende Mann Diener der Allgemeinheit, nicht ihr Herr ist. Der Soldat, der sich gegen die Demokratie erhebt, ist ein Meuterer in viel schlimmerem Sinne als vordem in alter Zeit, denn er missbraucht die Waffe, die ihm das Volk gegeben hat, um gegen den Willen des Volkes zu rebellieren.

Anderseits sieht es mit den Arbeiterräten. Sie sind keine gesetzgebende und vollziehende Macht im Staate, aber sie haben einen starken Einfluss auf die Produktion. Kein freier Staat kann den Arbeitern der verschiedenen Betriebe die Wahl von Ausschüssen verwehren, keiner kann ihnen verbieten, sich Räte zu nennen und miteinander in Verbindung zu treten. Die Arbeiter werden, in welcher Form immer sie sich organisieren, eine große Macht im wirtschaftlichen Leben bleiben. Auch die Tätigkeit der Arbeiterräte kann nur auf wirtschaftlichem Gebiet liegen.

Ist das einmal erkannt, so ergibt sich zwischen den Arbeiterräten der Tuchfabriken, der Maschinenfabriken, der chemischen Industrieunternehmen, den selbst ein besonders enger Zusammenhang. Um auf ihrem eigenen Gebiet wirklich arbeiten zu können, werden sich die Arbeiterräte gewißlich gliedern müssen. Anders ist die Sache überhaupt nicht zu machen, denn gerade wenn man die Sozialisierung der Betriebe als die eigentliche Aufgabe der Arbeiterräte betrachtet, so wird es bald klar, dass man nicht die Tuch-

fabrik A sozialisieren und die Textilfabrik B unsozialisieren lassen kann; dass man nicht die Maschinenfabrik C nach anderen Grundsätzen sozialisieren kann als die Maschinenfabrik D. Sinn kommt in das Ganze also erst, wenn sich die Arbeiterräte gewerkschaftlich zusammen und ordnen, alles was zuvor geschieht, ist glatter Urfun.

Die Sozialisierung kann sich ferner, wenn sie nicht zum tollsten Widerstand ausarten will, nur im Rahmen der allgemeinen Regel bewegen, die für sie durch die Demokratie erlassen sind, und die Arbeiterräte können dabei nur die Funktion ausüben, die die Sozialisierung ihnen zuweist. Die Gewerbegebung wird, wenn sie sozialistisch ist, von dem Grundstück ausziehen müssen, dass die Betriebe in den Besitz der Arbeiterräte, die der Betrieb in diesem Augenblick gerade beschäftigt. Ein anderes Verfahren wäre keine Sozialisierung, sondern nur Umwandlung des Betriebes in eine Produktionsgenossenschaft. Nun mag es sein, dass die Arbeitengenossenschaften trotz aller schlechten Erfahrungen, die man in früherer Zeit mit ihnen gemacht hat, ein Stück der wirtschaftlichen Zukunft gehört — niemals aber wird in einer wirklich sozialistischen Gesellschaft es den Arbeitern eines Betriebes gestattet sein, mit ihm wie mit ihrem privataufkäufischen Eigentum umzugehen. Niemals werden sie sich der regelnden Gewalt des in der Demokratie verkörperten Volksanzer entziehen können.

Damit ist ein möglichst klares und ungeschminktes Bild der Zukunft gegeben. Sie ist nicht unter der Demokratie bevorsteht. Entweder sie müssen sich ihr unterordnen und in sozialer Erledigung ihnen anvertrauter Betriebsangelegenheiten ihre Existenzberechtigung erweisen, oder sie müssen gegen die Demokratie den Kampf um Leben und Tod aufnehmen. Sie müssen die Demokratie zu vernichten bestrebt sein, um das russische Rätesystem an ihre Stelle zu legen. Richard Müller, der erklärt, nur über seine Reihe geht der Weg zur Nationalversammlung, der die zweite Revolution prophezeit und jeden, der nicht auf das Rätesystem schwört aus der Partei der Unabhängigen ausschließen will, ist ironisch. Danach steht man viel schwankende Gestalten.

Für einen Sozialdemokraten, aber kann es da kein Schwanken geben. Das sogenannte Rätesystem, als System der politischen Macht der A.- und S.-Räte, ist die Vereinigung unseres sozialdemokratischen Programms, das sich auf dem Prinzip der Demokratie aufbaut. In fünfzig Jahren des Kampfes und der geistigen Arbeit, in allen inneren Kämpfen, die wir geführt haben, ist uns niemals der Gedanke gekommen, dass es einen anderen Weg zum Sozialismus geben könnte als über die demokratisierte Gemeinde, den demokratisierten Staat, das demokratisierte Reich. Und jetzt sollten wir diesen von der Revolution geöffneten Weg verlassen, um einen anderen zu beschreiten, der sich in der russischen Praxis als ein verhängnisvoller Irrweg erwiesen hat?

Die Sozialdemokraten in den Räten können an der politischen Macht teilhaben als Bürger der Republik, als Mitglieder der Partei, als Vertreter und öffentliche Funktionäre in Reich, Staat und Gemeinde. Sie werden sich nie dem Verdacht aussehen, sie stellen ihr Sonderinteresse über das Interesse der Allgemeinheit und wollten Machtmitteln können gegen den Willen des Volkes und gegen die Gesetze der Demokratie. Die Räte sind ein Werkzeug der Revolution, deren Zweck es sein mußte, die Macht in die Hände des ganzen Volkes zu legen. Wenn sie ihre Mission so aufzufassen — aber auch nur dann — werden sie vor Volk und Geschlechte ehrenvoll bestehen.

Zur Nationalversammlung.

Die Arbeiterpartei.

Wie das Organ des Holzarbeiterverbandes mitteilt, gehören nicht weniger als 14.000 Holzarbeiter und Mitglieder des Holzarbeiterverbandes der Nationalversammlung an. Bis zum Zuge, der zu den Unabhängigen gehört, sind alle diese Holzarbeiter Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion.

Der preußische Landwirtschaftsminister, Parteivorsitzender Otto Braun, ist in Ostpreußen und in Duisburg in die Nationalversammlung gewählt worden. Er hat auf das Mandat für Ostpreußen verzichtet und das Mandat in Duisburg angenommen. In Ostpreußen rückt an Brauns Stelle als ebener Sozialdemokratischer Abgeordneter Kreisarzt Dr. Börschmann-Bartenbach in die Liste der Gewählten zur Nationalversammlung ein.

Das zum Quartiermachen vorausgeschickte 100 Mann starke Kommando der nach Weimar beorderten Regierungstruppen vom Landjägerkorps wurde nach seinem Eintreffen vom Soldatenrat des Infanterieregiments 94 entwaffnet. Die im Laufe des Vormittags weiter eingetroffenen Truppen blieben unbewaffnet.

Um allen Störungen der Nationalversammlung in Weimar vorzubürgern, hat sich die Regierung entschlossen, die Reise nach Weimar und Umgegend nur in besondren Fällen und mit einem Ausweis zu erlauben.

Aus der Waffenstillstandscommission.

Nach den besonderen Bedingungen über den Waffenstillstand und einer Erklärung bei den Verhandlungen ergibt sich

dass die Emirate ihren ansonsten Militärcrat nur abgeben, die nicht von den Verbündeten unter dem Dachmantel der „Antikommunistischen“ Deutschland aufhalten will. Es entfallen unter diese Kosten alle Ausgaben des Belohnungsheeres für Endbrunnen des Reichsrats und der Drei Unterbringung und Stellung. Pauschal und Nebenkosten, Heizung und Beleuchtung, Sekretariate, Büromaterial und Geschirr, Bewaffnung und tollendes Material, Pächterbeiträge, Behandlung der Kranken und Verminderten, Veterinärbericht und Remontenmeier, Transportkosten, jeder Art (Eisenbahn, Meer, Flugdienst, Landstrasse usw.), Nachrichten- und Postverkehr sowie im allgemeinen die Ausgaben aller Verwaltungs- und technischen Dienststellen, deren Abschöpfungen zur Ausbildung der Truppen und zur Unterhaltung ihrer Konföderation ihrer militärischen Kraft notwendig sind.

Wieder ein blinder Militarismus.

Mag einem vom Kriegsminister Reinhard und Unterstaatssekretär Göhr unterschriebenen amtlichen Ordern entsprechend Offiziereverwendung haben sich sämtliche am 7. Februar 1919 nicht zum Dienst bei ihren Dienststellen eingeschriebenen Offiziere und Unteroffiziere durch Dokumente ihrer Dienststelle oder, wenn sie nach Abzug ihrer Etappenreise ihre neue Friedensstelle noch nicht kennen, ihren früheren Friedens-Generalkommando Wohnort und zugeschriebene Urlaubsdauer zu merken. Diese Dienststellen dürfen den Urlaub nach den Erfordernissen des Dienstes ab oder befristen ihn. Wer bis 20. Februar 1919 keine Veränderung erhalten hat, kehrt zu seiner jetzt zuständigen Dienststelle zurück.

Die Generalquartiere haben sich mit allen Mitteln über den Verlust an Offizieren ihrer Formationen und Truppen zu verschaffen. Ansatzes in eigenen Bereichen vorzunehmen und entsprechende Offiziere immatrikuliert, getrennt nach Dienstgraden, dem Kriegsministerium (Generalamt) für den Dienstgraden, dem Kriegsministerium (Generalamt) für den Dienstgraden, die bei ihren Dienststellen anwiedende Offiziere sind mit den Unteroffizieren und zurückbehaltene Mannschaften in einem Verbande zusammenzutun, in der die weitere Ausbildung mit allem Nachdruck zu betreiben ist. Hierdurch wird es möglich sein, die die später einzustellenden Wehrpflichtigen ein geeignetes Lehrpersonal zu gewähren. Sein besonderer Wert ist auf Kenntnis der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Mannschaftsvertrages zu legen.

Neben der Weiterbildung der Offiziere und Unteroffiziere im militärischen Dienst ist auch die Ausbildung der Kadetten in außerordentlichen Fällen als Vorbereitung auf ihre spätere Freiheit zu fördern.

Nach unserer Überzeugung läuft auch dieser Erlass wieder das Ziel ihres. Denn nach dem völligen Zusammenbruch des Deutschen Militarismus werden wir wohl sehr, sehr viele Offiziere für entbehrlich halten können, zumal die Zahl dieser überzähligen Flüchtlinge am Volksscheid bedeutsam war.

Internationaler Volkswirksamus.

Die Presse wimmelt von Tatennachrichten über das Umlaufkreisen des Bolschewismus. Diese Nachrichten sind erfahrungsgemäß sehr vorherrig anzunehmen, da das Kleinst-Vorkommen mit der Entfernungswelt an Liebreitungen wächst. Wir greifen einige Meldungen heraus:

Über eine bolschewistische Verschwörung, die momentan gegen Dänemark gerichtet ist, erhält „Sozialdemokraten“ Mitteilungen. Danach hat in Stockholm vor einiger Zeit eine Konferenz unter Voritz des Stockholmer Vertreters der Sommeregierung, Worski, stattgefunden, an der auch Vertreter aus Dänemark, Schweden und Norwegen teilnahmen. Es wurde die Ausarbeitung der sozialistischen Gewerkschaft auf Skandinavien erörtert und man sandt die Verbedingungen bis für besonders in Dänemark günstig. Die dänischen Arbeiter sollen zunächst mit bolschewistischem Geiste, das in großer Menge zur Verfügung gestellt wurde, zu einem Generalstreik veranlaßt werden, aus dem sich dann die Revolution und die bolschewistische Diktatur nach russischem Muster entwickeln soll. Das Blatt warnt die dänischen Arbeiter vor den russischen Agitatoren.

Holländisch Nieuwsbureau meldet aus Bergedorf, dass Selbstfahrt vollständig in Händen der Arbeiter sei. Die Arbeiter führen verwalten vom Handwerkerhaus aus die Stadt hier befinden sich nicht mehr die früheren bürgerlichen Stadtbehörden. Die Arbeiter haben sich jeder Kontrolle völlig entzogen und stehen unter der Leitung von Fabrikräten. Der Vertreter des „Daily Chronicle“ in Philadelphia hat ein Interview mit Professor Dr. Struve. Dieser sagte, dass England für den Bolschewismus interessiert ist als Deutsches. Infolgedessen verlangt die amerikanische Presse energische Schutzmaßnahmen gegen die eventuellen Übergreifungen des Bolschewismus auf Amerika.

In der rumänischen Armee greift die von sozialistischer Tendenz mit bolschewistischem Flugzeug getragene Gärung immer weiter um sich. In den

Staaten und Mützen! Beim Abend die Gründungsfeier im Gewerkschaftshaus!

lautete er dann noch die zu erfüllenden Forderungen. Am Schluss forderte er dann die Erwähnten noch einmal eindringlich auf, am Wahltage einmütig den Stimmzettel für die sozialdemokratische Partei in die Wahlurne zu tun, damit der 9. Februar ein gleiches Ergebnis zeitige, wie der 19. Januar. In der Diskussion meldete sich Herr Lehrer Lange aus Stierkrode, der mit Männern aus alter Zeit die Ausführungen des Referenten zu entkräften suchte. Er stellte die Behauptung auf, durch die Bekämpfung der kapitalistischen Wirtschaftswelt und Einführung der sozialistischen, die nicht nur die großen Betriebe vorgelebten wollten, sondern einfach gäbe alles, würde jedes individuelle Streben unterbunden. Er kritisierte die Zusammenfassung der sozialdemokratischen Vorschlagsliste und glaubte, dass die Parteibefreiung dabei zu kurz getan wäre. Auch mit seinen Schlußforderungen war er nicht einverstanden, besonders die Forderung, den Kindern genommen werden und schließlich mache er noch an die Wand, das durch unsere Schulforderungen gar die Kinder den Eltern ganz genommen werden könnten; sie seien Bestimmungsrecht mehr über die Kinder hütten. In seinem Schluswort war er dem Referenten natürlich ein leichtes diese alten Kamellen aus der guten Richterzeit abzuhören zu führen und forderte er die Besuchenden noch einmal auf, sich durch solche Geplänkelserien nicht belästern zu lassen und den Wahlzettel für die Sozialisten am Wahltage abzugeben.

Aus Süden und den Nachbargebieten.

Montag, 3. Februar.

Bebauerische Volkskomitee haben sich am Sonnabend mittag anlässlich der Arbeitslosendemonstration vor dem Rathaus erignet. Wie bereits berichtet, drogen, während einer Auseinandersetzung mit dem Vorsteher des Arbeitsamtes wegen Erfüllung der gestellten Forderungen verhandelte, Teilnehmer an der Demonstration, darunter hauptsächlich halbwüchsige Burschen und Mädchen, in den Sitzungssaal des Senates ein und beschlossen, sich dort in Rada und Handlungen so, wie es anständiger braucht würdig ist. Einige beruhigen die Gelegenheit, um sich Peitsche der Senatoren, Handbuch und andere Gegenstände von Wert anzueignen. Von den entwendeten fünf Tausend fanden vier Distanz gleich wieder abgenommen werden. Die Burschenschaft war immer mit Regenstock darauf, dass sie durch Organisation und Disziplin ihr Erfolge erzielen könnten; sie ist freilich mit uns der Ansicht, dass solche Volkskomitee wie die gezeigten, entschlossene Verurteilung erfordern. Sie befürchten das Zischen der werktätigen Bevölkerung schwer.

Gattung deutscher Aussteller in feindlichen und neutralen Ländern während des Krieges. Deutsche, die früher als Angestellte in feindlichen und neutralen Ländern tätig waren, während des Krieges jedoch wegen ihrer deutschen Staatsangehörigkeit entlassen worden sind, werden aufgefordert, auf Bezahlung der Handelskammer, Breitestraße 6, eine für sie bestimmte Mitteilung einzulegen.

Die Volkstümliche verabschiedete im Monat Januar 24 919 Tonnen Material. Gefecht wurde an 80 Tagen, pro Tag 81 Portionen. Weitere wurden abgegeben für 6869,75 Mt. Abendessen, 1145 Tassen Kaffee à 10 Pf., und für 782,90 Mt. Kinderportionen à 15 Pf.

Walla. Vorsicht bei den Wettkämpfen des jungen Menschen. Sonnabend nachmittag wachten sich hier zwei Jungen in unruhiger Weise auf das frische Eis und brachen ein. Der Sohn des Meiereangestellten Krüger ist dabei ertrunken, während im Kollene errettet werden konnte.

Hamburg. Die Ausfuhr deutscher Schiffe aus Hamburg verhindert. Sonnabend sollte die erste Staffel auszufahrenden deutschen Handelschiffe auslaufen, von Hamburg etwa sechzehn. Ihre Abfahrt konnte nicht erfolgen, weil die bisherige Einigung des Deutschen Seemannsbundes mit den Händlern noch immer nicht erreicht war, und der Deutsche Seemannsbund gedroht hatte, die Schiffe nicht herauszulassen, so lange seine Forderungen nicht erfüllt seien. Am Mittwoch war es wohl zu Vereinbarungen zwischen den Händlern und dem ältesten Seemannsverband gekommen, daraus aber war der Deutsche Seemannsbund nicht beteiligt. Zug die nachstündigen Verhandlungen vor dem A. und S. Rat führten am Freitag zu keinem Ende. Das geforderte Material wurde nun ohne vorherige Beratung dem A. und S. Rat übergeben, und dieser entschied, dass die Forderungen des Deutschen Seemannsbundes mit rückwärtender Kraft vom 1. Dezember 1918 ab anzuerkennen seien. Während die Forderungen des Seemannsbundes anfangs auch die übrigen Händlern unfehlbar hatten, ließ man diese schließlich fallen, so dass die Entscheidung des Arbeiter- und Soldaten-Rates nur noch auf die Matrosen und Seeleute bezogt. Nach dieser Entscheidung soll die reichsgetreue Seemannsordnung nur noch bis Ende des Monats in Kraft bleiben.

Hamburg. Erhöhung der Brotpreise. Vom 1. Februar des Jrs. erhöhen sich die Preise für 1800 Gramm Brot und Schwarzbrot in Hamburg um je sechs Pfennig. Die damaligen Brotzähler in den Bäckereien gewährten Lohnzuschläge, um die damals vermeintlichen Entlastungen von Sozialisten, um für arbeitslose Bäcker Arbeit zu schaffen, fernher die Regierung der Kohlenpreise widerum um sich eine Brotpreiserhöhung von etwa 12 Pfennig pro Kilo haben müssen. Im Interesse der Verbraucher ist jedoch die Preissteigerung vom Arbeitersoldatenrat auf 6 Pfennig begrenzt und ein Beitrag von Pfennig für jedes Brot auf die Staatskasse übernommen worden, während die restlichen 3 Pfennig von den Bäckereien zu tragen sind. Der Preis für 500 Gramm Weizenbrot ist auf 38 Pf. gestiegen.

Altona. Sie weigern sich. Der Soldatenrat des Altonaer Fußart.-Regiments Nr. 20 hatte beschlossen, dass in Aussicht gesetzte Grenzschutzbataillone dieses Regiments nach einem neuen Gesetz der dortigen Regierungskräfte zu entsenden und diesen Beschluss am Sonnabend den Offizieren und Mannschaften in getrennten Zusammenkünften bekannt. Als die Offiziere weigerten, wurden sie als abgesetzte erklärt. Die Mannschaften zeigten aber entschieden gegen die Entfernung ihrer Offiziere und verlangten ihren Abmarsch nach dem Osten unter deren Führung. Sie beauftragten den Vorauskommandanten, sofort Altona mit dem Kriegsministerium zu nehmen, um direkt von diesem Befehle zu empfangen. Darauf ist der Beschluss des Soldatenrates zurückgezogen worden.

Mehow. Offizier-Streik. — Neuwahl des Soldatenrates. Das Offizierkorps, Marine, Armee, Unteroffiziere wie das Bäckerpersonal des höchsten Feldartillerie-Regiments Nr. 9 und Sonnabend zuletzt in den Streik getreten, weil A. und S. Rat in der Frage der Kommandogewalt nicht der Regierungspersonal einverstanden ist und die Abstimmung von hier aus Soldaten gegen die Regierungskräfte nach einem zu entenden. An einer Versammlung von Mannschaften und Unteroffizieren wurde beschlossen, einen neuen Soldatenrat wählen, der nur aus Angehörigen des Regiments Nr. 9 bestehen soll.

Eugenhafen. Gründung einer Revolutionären sozialistischen Grundlage. Am Mittwoch in hier, wie den A. und S. Rat entnehmen, eine Revolutionäre Eugenhafen, unter der A. und S. Rat, gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens in die Räume und Hochschulräume mit Kollegiern. Der Betrieb wird auf rein sozialistischer Grundlage stehen. Gewerbszwecke kommen nicht in Betracht. Die Fische

sollen zu marktfähigen Preisen an die Verbraucher abgegeben werden. Private Zwischenhändler sind ausgeschlossen.

Bremen. Der Kampf gegen die Diktatur der Kommunisten. Die Bremer Spartakisten, die sich hier Kommunisten nennen, wollen von Sozialdemokratie nichts wissen, sie bekämpfen die Nationalversammlung und fordern die Diktatur des bewaffneten Proletariats. So sprach ihr Organ, die „Arbeiterpolizei“. Anerkennung der Nationalversammlung ist gleichzeitig mit Unterwerfung unter die Diktatur des Bürgertums. Mit das Proletariat kann es jetzt nur hoffen: Durch! Eine umfassende! Seine Diktatur, die Diktatur des Proletariats wird erst eingesetzt, wenn der Weltkrieg Kapitalismus bedingungslos die Waffen streift. Die Regierung steht also vor der Wahl, entweder auf Demokratie und Nationalversammlung zu verzichten, oder die Bremer Spartakisten zu einer anderen Haltung zu zwingen, sie zum Aufgeben ihrer Gewaltpläne verpflichten für diesen Kriegszustand zu bestimmen. Niemand wäre froher als die Regierung, wenn der kleine Proletarbeiter in Bremen, der spartakistisch ist, freiwillig Verantwort anzunehme. Aber auch anderthalb Jahre lang die Regierung darauf bestrebt, dass in Bremen der durch keine Diktatur verfügbare Bürgertum ebenso unbedingt herrscht wie im ganzen übrigen Deutschland. — Die militärische Aktion der Regierung gegen die Bremer Spartakisten scheint zu einem vorläufigen Abschluss gekommen zu sein. Zwischen den Bremer Regierung und den Sicherheitssozialisten fand Sonnabend nachmittag im Rathaus eine Verhandlung statt, in welcher die letztere die Abwendung des folgenden Telegramms an den Volksbeauftragten Rosta beschlossen: Die Arbeiterrat verabschiedet die Mehrheitssozialisten ersuchen um Rückzug des Einschlusses der Division Gerstenberg. Es besteht begründete Ansicht, dass die Arbeiterschaft die Waffen aufstellen und für unter die Ausübung des Kommandos des 9. Armeekorps stellen. Ruhe und Ordnung herstellen und wird aufrecht erhalten werden, bei Weißgard. In der Verhandlung wurde ferner beschlossen, die Waffen der Arbeiterschaft unter den militärischen Säulen des 9. Armeekorps zu legen. Eine Kommission, bestehend aus drei Mitgliedern der U. S. P. der Mehrheitssozialisten und der Kommunistenpartei, wird die Abgabe der Waffen überwachen. Es wurde ein Antrag Bodo, Hamburg, angenommen, Gerstenberg muss sich verpflichten, abzuheben, sobald die Waffen abgegeben sind. Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Regierung und der Sicherheitskartei ist nach Berlin abzufahren, um auf dieser Grundlage mit der Division zu verhandeln. Bei den mit der Division Gerstenberg geschlossenen Vereinbarungen hat sich der Divisionschef Sozialrat im Gegenzug zum Sozialrat des 9. Armeekorps gesetzt. Die Oldenburger Vertreter verhinderten vermittelst eines Zusatzes und Bremen zum Nachgeben zu veranlassen. Oldenburg erklärte dem bremerischen Rat die Volksaufzüge, dass er sich völlig auf Seite der Division Gerstenberg stellen werde, wenn Bremen entgegen den Abmachungen noch weitere Hilfsstruppen heranziehe, wie er dies bereits geben habe, obgleich das Korps Gerstenberg sein Vertrauen am 1. Februar noch nicht in Bremen einzurücken gehabt habe. Der Zentralrat Hamburg drohte Bremen mit Entlassung der Zufuhr von Schwarzloch. Es herrscht völlige Unklarheit, was nun geschieht wird. Die Entscheidung wird heute abend fassen. Der Vorsitzende des 9. Armeekorps trifft mit: falls Nostle nicht sofort die Truppen vor Bremen zurückzieht, wird das ganze neunte Armeekorps mobil gemacht und außerdem die ganze Arbeiterschaft unterstützen, gegen die Regierung zu gehen. Beim Bremer Rat der Volksbeauftragten sind nachstehende Telegramme aus Hamburg eingegangen: 1. Hamburg, den 1. Februar 1919. Folgendes Telegramm ist nach Berlin abgegangen: Oberster Soldatenrat Hamburg fordert unverzüglich Einschaltung der 9. Division Gerstenberg auf Bremen und Durchsetzung der Division. Gleich dies nicht, wird unverzüglich das Armeekorps und gesamte Arbeiterschaft mobilisiert und Lebensmitteldepot in Hamburg besetzt. Wir werden mit Gewissens in Bremen verhandeln. Wir verblieben für Ruhe und Sicherheit im Bezirk des 9. Armeekorps. Wir protestieren gegen jedes Politiken mit reaktionärem Militarismus. Sofortige Rückantwort erwartet. Oberster Soldatenrat Hamburg, 2. Februar 1919. Der Sicherheitsdienst Hamburg bittet auf dem Posten gehalten zu werden. Lasset uns sofort wissen, wie es dort steht. In der Stunde der Gefahr stehen wir hinter Euch. Der Bevollmächtigte des Seefahrtsamtes Hamburg, Stadthaus, 1. A. Vogler, S. Hamburg, den 1. Februar. Der Große Arbeiterrat von Hamburg nahm heute mit 282 gegen 26 Stimmen eine Entscheidung Dr. Lausenbergs an, in der er sich mit der Bremer Arbeiterrat solidarisiert und des vom bisherigen Soldatenrat an die Reichsregierung gestellten Ultimatum befreit und unterschüttet, die auf Bremen vorstehende Division sofort zurückzuziehen. Der Große Arbeiterrat erwartet vom Soldatenrat 9. A. R., dass er unverzüglich auf durch die Bündnisse erzielten militärischen Maßnahmen ergeht. Er verlangt: 1. Die sofortige Sicherung der Armeriestraßen 2. Sicherstellung der Hamburger Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden. 3. Besiegung des Hafens, die Beschaffungsmöglichkeiten der Lebensmitteldepot und 4. die Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln. (Im Hamburger Arbeiterrat waren gegen diesen Beschluss nur verschiedene Befürchtungen die schwärmegestützen Bedenken ins Feld geführt.)

Inzwischen ist es zu einer Einigung mit der Berliner Regierung gekommen. Zwischen Vertretern der Division Gerstenberg einerseits sowie Vertretern der verschiedenen sozialistischen Gruppierungen, um für arbeitslose Bäcker Arbeit zu schaffen, Fernher die Regierung der Kohlenpreise willden um sich eine Brotpreiserhöhung von etwa 12 Pfennig pro Kilo haben müssen. Im Interesse der Verbraucher ist jedoch die Preissteigerung vom Arbeitersoldatenrat auf 6 Pfennig begrenzt und ein Beitrag von Pfennig für jedes Brot auf die Staatskasse übernommen worden, während die restlichen 3 Pfennig von den Bäckereien zu tragen sind. Die Regierung soll die reichsgetreue Seemannsordnung nur noch bis Ende des Monats in Kraft bleiben.

Königsberg. Befreiung der Befreiung. Vom 1. Februar des Jrs. erhöhen sich die Preise für 1800 Gramm Brot und Schwarzbrot in Königsberg um je sechs Pfennig. Die damaligen Brotzähler in den Bäckereien gewährten Lohnzuschläge, um die damals vermeintlichen Entlastungen von Sozialisten, um für arbeitslose Bäcker Arbeit zu schaffen, Fernher die Regierung der Kohlenpreise widerum um sich eine Brotpreiserhöhung von etwa 12 Pfennig pro Kilo haben müssen. Im Interesse der Verbraucher ist jedoch die Preissteigerung vom Arbeitersoldatenrat auf 6 Pfennig begrenzt und ein Beitrag von Pfennig für jedes Brot auf die Staatskasse übernommen worden, während die restlichen 3 Pfennig von den Bäckereien zu tragen sind. Der Preis für 500 Gramm Weizenbrot ist auf 38 Pf. gestiegen.

Altona. Sie weigern sich. Der Soldatenrat des Altonaer Fußart.-Regiments Nr. 20 hatte beschlossen, dass in Aussicht gesetzte Grenzschutzbataillone dieses Regiments nach einem neuen Gesetz der dortigen Regierungskräfte zu entsenden und diesen Beschluss am Sonnabend den Offizieren und Mannschaften in getrennten Zusammenkünften bekannt. Als die Offiziere weigerten, wurden sie als abgesetzte erklärt. Die Mannschaften zeigten aber entschieden gegen die Entfernung ihrer Offiziere und verlangten ihren Abmarsch nach dem Osten unter deren Führung. Sie beauftragten den Vorauskommandanten, sofort Altona mit dem Kriegsministerium zu nehmen, um direkt von diesem Befehle zu empfangen. Darauf ist der Beschluss des Soldatenrates zurückgezogen worden.

wird, mit Waffengewalt von Arbeitern die Anerkennung sozialdemokratischer Forderungen zu erzwingen.

Bremen. Ein neues Parteiorgan. Am Dienstag ist die erste Nummer des „Bremer Volkstritt“, das neue Organ unserer Bremer Parteidienstes, das die Stelle der von ihnen übernommenen „Bürgerzeitung“ vertreten soll. Das Blatt wird Montags 19 herausgegeben und von Hans Dorath geleitet. Wie würden unserem neuen Bruderblatt einen tollen Erfolg und ein herzliches Glück auf! — Es in Zusammenhang zwischen einem vergessenen Polen der Division Gerstenberg und einer Parodie der Bremer Wachtfirma im Schörpark Gebüsch erforderte einen Toten und zwei Schwerverwundete als Opfer.

Theater und Musik.

Im Stadttheater war am Sonntag abend Simeonas „Tannhäuser“ auch eine ausverkaufte Brot. Die häufige Oper trägt besonders masstisch ganz ausgeprägt böhmisch-nationalen Züge, und diese sind gerade das Reizvolle an ihr. Gestern Abend das Werk unter der leidlichen und temperamentvollen Führung durch Kapellmeister Mögler eine sehr anerkennenswerte Wiedergabe. Die Marie der Frau Oberdach war treiflich im Gelang und im Spiel frisch und amüsig. Ihr stand in Herzog Land ein tüchtiger und gewandter Hans zur Seite. Als Gesättigter, überzeugter Heiratsvereiter Kaspar machte Herr Sudemig's eine wirkungsvolle Figur. Aus der schwierigen aber dankbaren Rolle des Wenzel sah sich weit mehr machen, als es lebens des Herrn Pfeiffer gelang. Die übrigen größeren Partien wurden von den Damen Quedwig's, Korte, Sonnenberg und Bradsby, sowie den Herren Schumacher und Joselowitz mit Erfolg gegeben. Herr Neudauer hatte die Inszenierung mit Geschick besorgt. Die Volkszüge und das Auftreten der Zirkustruppe waren recht gelungen. P. L.

Eröffnungsfragen.

Ostpreußen liefert keine Butter mehr ab.

Zulässigstens wird mitgeteilt, dass Ostpreußen zum erstenmal seit Kriegsbeginn nicht in der Lage ist, einen Butterüberfluss an das Reich abzuliefern, sondern zur Deckung des eigenen Bedarfs auf die Bestände der Reichskekette zu setzen muss. Der Rückgang der Buttererzeugung ist angeblich auf die Heimferne und die Versickerung des ostpreußischen Küstengebietes zurückzuführen. Außerdem ging die Milchablieferung seit Beginn der Revolution zurück.

Neueste Nachrichten.

Waffentheater der Spartakisten.

Berlin, 2. Februar. Der „Volksanzeiger“ schreibt: Eine Reihe spartakistischer Zusammenkünfte beschäftigt sich mit der Frage einer Volksheide gegen die Regierung Ebert-Scheidemann. Die Führer haben dagegen Widerstand erhoben, weil in Angerblast der Regierung zur Verstärkung befindende Schutz zu stark sei, um Erfolg erzielen zu lassen. In dem Mangel der Waffen würde der Volkszug fehlstellen.

Gegen die Reichsregierung.

Eisenach, 3. Februar. Gegen die Regierung Scheidemann sieht sich ein Befehl der general hier tagende Soldatenrate des 11. und 5. Armeekorps. Mit 62 gegen 52 Stimmen wurde dahingehend entschieden, einen Schutz der Nationalversammlung und somit eine Sicherung der sozialistischen Regierung vor den der geraden Elementen angehörenden Truppen nicht zu gewähren. Gleichzeitig sprach man ab gegen die Sicherstellung von Soldatenzügen nach Berlin etc. Die Bekämpfung dieses Beschlusses an den Überzeugungsworten in Berlin wurde von den Unabhängigen durch die Beziehung des Telegraphenamtes verhindert. Das Telegrafenamt war sonst Mitternacht noch in der Hand und unter der Kontrolle der Unabhängigen.

Die schwäbischen Wahlen.

Dresden, 2. Februar. Die Wahlen zur Königlichen Volksversammlung sind gestern in Sachsen abgehalten. Die Wahlbeteiligung war schwächer als bei den Nationalwahlen. Wie es scheint, haben nach den vorliegenden Erstzählungen die Wählertypen nicht so gut wie bei den Nationalwahlen abgestimmt. Es liegt bis jetzt nur ein Teilergebnis vor.

Spartakus in Königsberg.

Königsberg, 1. Februar, 3. Februar. Befreiung der Befreiung. Der Arbeiterrat sieht sich in der Stadt in Nacht ein Umschwung der Bevölkerung vorgenommen. Das Berliner gesammelte Spartakus in Sachsen, Prinzessin Sophie, haben sich in den Nächten der wichtigsten Strategiegebiete gesetzt. Die Einheit war hierfür die entsprechenden Befestigungen mitgewählt, worauf das Generalquartier und das Generalkommando bestellt wurden. Trotzdem wurde den Spartakus-Militärs kein Widerstand geleistet und die Zivilisten wurden aus den Gebäuden ausgelöscht. Die Regierung gab für die Bevölkerung die Freiheit zu. Der Kommandeur des Königsberger A. und S. Rates, Scheiben, soll in den Spartakus-Zügen übergegangen sein. Der zweite Vorsitzende Knigge wurde abgesetzt. Die ganze Angelegenheit verlief, ohne dass auch nur ein Schuss fiel.

Waffen in Petersburg.

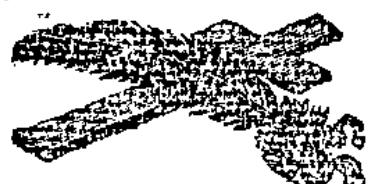
Petersburg, 2. Februar. Das Sankt-Peterburger Blatt „Sankt“ erzählt über Wiburg den von Petersburg ausgehenden Befreiung, der unter den Petersburger Truppen Waffeneinsatz ausgetragen. In der Stadt ist Frieden eingetragen. Wie es scheint, haben nach den vorliegenden Erstzählungen die Wählertypen nicht so gut wie bei den Nationalwahlen abgestimmt.

Die Kämpfe in Rußland.

Ribau, 2. Februar. Die sinnlich-ethnischen Truppen, die von Dorpat herkamen, errangen beträchtliche Erfolge gegen die roten Gardisten. Die Stadt Ribau, wichtig als Eisenbahnhauptpunkt, wurde genommen. Dagegen hatten die Räter-Truppen in Rußland beträchtlichen Erfolg. Es gelang, zwei der Städte in den Gebüschen vorgehenden Einheiten, die Lübeck und Witten zu besiegen.

Berantwortlich für die Rufe „Aus Süden und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwitz, für den gesamten übrigen Inhalt: Johann Stellings. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Krieger, Meyer & Co. Sämtlich in Löbau.

Königsberg und Befreiungserfolgen. Wie verweisen auf das Interieur des Großen Marstalls hierzu, Großer Bauhof Nr. 11, großes Bäderatelier für moderne Bildnisse und Gemälde, der eigentlich Porträts nach jeder Photographie in peinlich lebhafter und höchst technisch vollendet Art in allen Verfahren anfertigt. Man besitzt die Weltausstellung.



Am 1. Februar vormittags entschlief nach nur kurzen, schwerem Leiden unsere liebe gute unvergessliche Mutter, Tochter, Schwieger Tochter, Schwester u. Schwägerin, Frau Emilie Stolle geb. Effinger im Alter von 88 Jahren. In tiefer Trauer von ihren Kindern schmerzlichst vermisst. (874)

August, Karl und Hans Stolle.
B. Effinger u. Frau, Frau Cath. Stolle Wwe.
Emilie Effinger u. Frau nebst Kindern.
Carl Effinger u. Frau geb. Adam, Willi Effinger.
H. Ahrens und Frau geb. Effinger und Kinder.
Fr. Schleck u. Frau geb. Effinger und Kinder.

Zu rasch mußtest du deinem Leben Matine' und deinem Töchterchen nachfolgen und zu früh wurdest du liebe freudige Mutter deinen Kindern entissten.

Die Beisetzung findet von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus am Donnerstag mittag 1^{1/2} Uhr statt.

Gefücht für sofort
zeichner Müller.
Kunst-Walzenmühle
E. Hinrichsen & Co. (874)

Clara Götz
Ernst Schwarz

Verlobte. (874)

Lübeck, 2. Februar 1919.

am 2. Februar 1919
plötzlich nach langer Krankheit unter lieber Vater, Schwieger- und Großvater

August Knauth.

Tief betrübt von den Hinterbliebenen (874)

z. Becker und Frau,

geb. Knauth u. Kinder
Karl Bök Ww. u. Kinder
Ute Franz und Frau
und Kinder

und alle Verwandten und Bekannten.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 7. Februar, um 14 Uhr, von der Kirche St. Nikolai statt.

Danksgedung.

Allen denen, die unsfern lieben
Gefüchtern die leise Gere er-

wiesen und jenen Saro so reich
mit Gaben geschenkt, den

Glücklichen, Vater und dem

Arbeiter - Berge und dem

Herrn Kofor Knauth für seine

hohen Werke am Grab

und der Söhnen und allen

Collegen vom Schüttungsunter-

betrieb Dant.

(874)

Walter Schröder geb. Beyer

aus Angehörigen.

für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme und verbien-
dendsten Dank beim Heimzug
unseres lieben Papi Jungen zu-
eilen, in besondere Grün Waren
an mir für seine treulichen
Werke, welche dem Lehrer u. Wirt-
schaften unsern wichtigen Zant

5000 A. Keler u. Familie.

Geblüft ein Conduit die

aber der Betrachter

Theodor Linn

Bürokrat, Gedächtnisschule 22.

Schultheißinge

zu Löbau 1918 unter der

Schietelig & Nöck

Gedächtnisschule 22. (874)

Porträts u. Vergrößerungen

gesuchte, vernehmen Sie nicht mehr Bilder und

Ausstellung weiter zu erhalten.

Preis pro Zeichnung von 9.00 bis 12.

Paul Warnke,

Grüner Lübecker Fachberater i. med. Bildende u. Gemälde

Seite 1902. — Landschaften. — Kunstf. 150.

Ohne Bezugsschein

Kaufen Sie jetzt

Damen-Mäntel

Jacken-Kleider, Blusen und Röcke

aus wollenen und halbwollenen Stoffen

Kleider- und Blusenstoffe bis 130 cm breit
in Wolle und Halbwolle.

Wir bieten sehr preiswert

Jacken-Kleider neuester Machart
auf Seide gearbeitet, in schwarz, marine, blau und farbig

Elegante Damen-Mäntel

für den Winter und das kommende Frühjahr

Moderne Kleider-Röcke u. Blusen
in reicher Auswahl

Fertige Kleider
in entzückend schöner Ausführung.

Beispiel — Garnituren,
einzelne Blusen
und Kragen mit
Rasen-Rabatt. 25%.

Sie kaufen semit vorteilhaft bei uns.

Holstenhaus S. m. b. h.
Holstenstr. Lübeck

Verband der Maier

Versammlung

am Mittwoch, 5. Februar

abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus

Johannisstraße 50—52.

8761 Der Vorstand.

Marmorsaal.

Auf viellachen Wunsch

zum neunten Male.

Freitag, den 7. Februar, 8 Uhr

Günther Ernst-Albert-Albers

Vorverkauf: Musikalienhalle.

Ernst Robert, Breite Str. 29.

3.—, 2.—, 1.— M. (8753)

E. K. Diele

Beckergrube 22. Tel. 1736.

Einziges Original-

Bauernschänke

Lübecks! (8751)

Stadttheater Lübeck

Spielzeit 1918/19.

8753 Dienstag, den 4. Februar:

Othello.

Mittwoch, den 5. Februar:

Frau Margit.

Donnerstag, den 6. Februar:

Demetrius.

HANSA-THEATER.

Dienstag abends 7 Uhr:

Der verliebte Herzog

Operette von Jean Gilbert, mit Edgar Pauly.

Mittwoch zum ersten Male:

Das Dreimäderlhaus

Glasermeister Ischöll: Edgar Pauly. (8751)

Deutscher Arbeit-Sängerbund

Gau Schleswig-Holstein-Lübeck.

Kaffeemühlen, Stück 15 Mk.

Emil Colberg,

8778) Stöttingerstraße 19.

Vorwärtig!?

F. gesüßter Essig

la. Salzgurken.

la. Sauerkohl usw.

Ludw. Wiegelis, Beckergrube

Hornspieldorf 8647. (8753)

Der Geschäftskauf hat 100 Mitglieder

verschiedene Geschäftsbetriebe von

Handelswaren.

Wiedergut unter V. 25 an

Haarzettel & Vogler A.-G.,

Lübeck (874)

Uhren-Reparaturen.

Andere Preise. (874)

Große Auswahl in Wand-, Tisch-

Werk- und Taschenuhren.

Kermann Voss, Uhrmacher,

Breite Straße 54 u. Hörnstraße 71.

zu kaufen gewünscht (874)

und gesuchtes, freigesetztes,

Grüne, 1902, Zeitungen,

zu jedem Preis.

F. Watzke, Buchdruck. 25.

Telefon 2450.

Wieder zu beschaffen, da nur eingeschränkt möglich!

Unter geübten Büchern von Lübeck und Um-

gebung die eingeschränkte, das ist aus dem Herren-

zimmer entliehen bin und meine Bücher wieder ver-

loren zu haben. Geben Sie bitte Aufgabe auf

Porträts u. Vergrößerungen

gesuchte, vernehmen Sie nicht mehr Bilder und

Ausstellung weiter zu erhalten.

Preis pro Zeichnung von 9.00 bis 12.

Paul Warnke,

Grüner Lübecker Fachberater i. med. Bildende u. Gemälde

Seite 1902. — Landschaften. — Kunstf. 150.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

8771

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag,
den 3. Februar 1919

Bauern- und Landarbeiterräte.

Der Staatssekretär des Reichsnährungsamtes hat für die Bildung dieser Räte Richtlinien erlassen. Hierauf ist an der durch die Wahlordnung bestimmten Zusammensetzung der Bauern- und Landarbeiterräte durch die beiden gleichberechtigten Wahlgruppen der Landbesitzer und der landwirtschaftlichen Arbeiter sowie der allgemeinen, gleichen und direkten Abstimmung der Wahlberechtigten festgehalten. Eine Einschränkung der Wahlberechtigung nach der Größe des Besitzes ist nicht zulässig. Andererseits kann auch der Kreis der in der Gruppe der Arbeiter Wahlberechtigten nur für die der Landwirtschaft besonders nahestehenden Personen und nur unter der Voraussetzung erweitert werden, daß von den landwirtschaftlichen Arbeitern selbst hier gegen kein Einspruch erfolgt. Kleinere Gemeinden können sich zur Wahl der B.- und L.-Räte zusammenschließen. Nach Vornahme der Wahl genügt eine Anzeige über die Gründung und Zusammensetzung an die Gemeindeaufsichtsbehörde. Die Aussagen der Bauern- und Landarbeiterräte sind rein wirtschaftlicher Art, eine Ausübung politischer Machtbefugnisse liegt außerhalb ihrer Zuständigkeit, auch die sozialpolitischen Fragen der Landarbeiter- und Lohnregelung bleiben den Verhandlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen überlassen. Die B.- und L.-Räte dienen zur Unterstützung der Behörden, deren Zuständigkeit und Obliegenheiten unberührt bleiben, ein Recht der Exekutive steht ihnen daher nicht zu. Auf der anderen Seite ist ihre Tätigkeit den Behörden gegenüber selbstständig und unabhängig, so daß sie in keiner Weise an eine behördliche Aufforderung oder Zustimmung gebunden sind. An die Behörden ist Anweisung ergangen, Anträge und Anregungen der Bauern- und Landarbeiterräte gewissenhaft zu prüfen und sie in allen ihnen zugewiesenen Arbeitsgebieten zur Mitarbeit in weitestem Umfang heranzuziehen, so vor Erlass allgemeiner Anordnungen, bei Bestandsverhältnissen, der Erfassung der Erzeugnisse sowie der Bekämpfung des Schleichhandels. Den Bauern- und Landarbeiterräten ist ausdrücklich das Recht der Beschwerde eingeräumt; es sind besondere Maßnahmen getroffen, eine sorgfältige Prüfung solcher Beschwerden zu sichern.

Vergleichendlich haben die Arbeiter- und Soldatenräte eine Einführungnahme auf die Gestaltung und Tätigkeit der B.- u. L.-Räte versucht. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind jedoch für diese Fragen nicht zuständig, da die Befugnisse beider Organisationen voneinander unabhängig sind, sie können daher ihre Tätigkeit nebeneinander ohne gegenseitige Störung ausüben.

Der Weiterausbau der B.- und L.-Räte zu Kreis- und Bezirksvertretungen richtet sich nach dem örtlichen Bedürfnis, wobei die Wahlen durch die örtlichen oder zunächst stehenden Unterorgane vorgenommen werden und zwar unter Berücksichtigung der gleichberechtigten Vertretung beider Wahlgruppen. Die näheren Bestimmungen darüber bleiben der Bundesstaaten vorbehalten, jedoch wird empfohlen, die Wahl zu diesen Kreis- und Bezirksräten durch Stimmführer der verschiedenen Ortsgruppen erfolgen zu lassen.

Die deutschen Gefangenen in Rußland und Sibirien.

Der mit Russland geschlossene Frieden von Brest-Litowsk ist seitens der Regierungen in Sibirien, Turkestan und in den Kasachenprovinzen, die sich von der Sowjetregierung in Moskau unabhängig erklärt haben, nicht anerkannt worden. Deshalb war es auch den sofort nach Abschluß des Brestler Friedens nach Russland ausgereisten deutschen Gefangenkommissionen nur möglich, die Kriegs- und Zivilgefangenen aus dem europäischen Russland, soweit es der Moskauer Regierung untersteht, innerhalb weniger Monate fast sämtlich in die Heimat abzufördern. Mit Sibirien aber, den Kasachenprovinzen und dem Kaukasusgebiet sowie mit Turkestan ist leider noch wie vor unter dem hier vorherrschenden Einfluß der Entente und besonders infolge der inzwischen gezogenen tschechisch-slowakischen Front gegen das bolschewistische Russland jede Verbindung unterbrochen.

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendl.

6. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Drei Tage waren vergangen, das Konzert in vollem Glanz glücklich vorüber, ohne daß selbst die Christofanische Muse imstande gewesen wäre, ihm irgendwie Abbruch zu tun.

Daniela, etwas mitgekommen von dem Trubel beschäftigungsreicher Tage, ruhte auf ihrer Ottomane, als Rosa mit einem Besuch zu ihr ins Zimmer trat.

"Es ist dieselbe Frau, die bereits zweimal hier war, Fräulein Daniela, und die ich wegen ihres artigen Wesens nicht ein für Wemal abweisen möchte."

"Ein Bittgesuch?"

"Ganz sicher; aber wohl nicht in bezug auf Geld."

"Sondern? Wie heißt die Frau?"

Frau Nieritz nennt sie sich und sagt, sie käme wegen ihrer kleinen Tochter, die beim Ballett ist."

"Um, sagtest du ihr nicht, daß ich — daß ich — Aber las die Frau, wenn du ihr einmal Ausicht machtest, nur herein. Ich werde ja bald hören —"

Daniela legte die neu zu lernende Rolle der Lady Macbeth, in der sie gelesen hatte, aus der Hand, Rosa beiseite sich, ihrer Freiung zu folgen.

Die angemeldete Frau Nieritz stand nach wenig Augenblicken im Arbeitszimmer Daniels ihr gegenüber. Sie war eine von Haus aus gewiß sehr hübsche, einfach, aber läuber gekleidete Frau von circa dreißig Jahren, dieselbe, die vor einigen Tagen im Theaterbüro so energisch abgewiesen worden war.

Man konnte unschwer erkennen, mit welcher tiefen Erregung die Frau kämpfte, da sie zunächst ihren Wunsch erfüllt sah, sich einer Künstlerin vom Range des Fräulein Herzog gegenüber aussprechen zu dürfen.

Weltlos würden ihre Worte zeitigen — — ? Über das kam später — erst einmal der Versuch. Nach den Erfahrungen der Frau Nieritz hatten Bittgesuche unter allen Umständen wenig Aussicht, Entgegenkommen zu finden.

"Guten Tag, Frau," erwiderte Daniela den kaum vernehmbar ausgesprochenen Gruß der Eingetretenen. "Sie haben ein Lästerchen bei unserm Ballett, von der Sie mir erzählen wollen, nicht?"

Die Berta, jährling, gnädiges Fräulein. Ach, es geht ihr leicht, dem armen Dinge, und — unterbrach hier gleich Daniela.

Nach vereinzelten, in letzter Zeit hierher gelangten Nachrichten sind die noch in Sibirien zurückgebliebenen Gefangenen durchweg in geschlossenen Lagern untergebracht; ihre Behandlung soll streng sein, jedoch nicht den Grundzügen des Völkerrechts widersprechen. Das Gerücht über Verchleppung von Gefangenen nach Japan hat sich bisher nicht bestätigt.

In Turkestan hatte bis vor einiger Zeit die dorthin entsandte deutsche Hilfskommission ihre Fürsorgeaktivität fortzuführen können. Nach neueren Nachrichten soll sie aber nunmehr auch an der Weiterarbeit verhindert worden sein. Auch mit den Kasachenprovinzen waren bis vor kurzem durch Vermittlung unserer Militärbehörde in der Ukraine und im Südkaukasus direkte Verhandlungen möglich. Mit den Regierungen der Don- und Kubankasaten wurde ein Vertrag zum Kopf-um-Kopf-Austausch abgeschlossen. Einer dorthin entstandenen Kommission gelang es, unsere Gefangenen aus dem Donogebiet heimzubefördern. Ebenso sind alle Gefangenen im Südkaukasus und den dortigen Provinzen durch die hier operierenden deutschen Truppen befreit worden. Leider ist aber die Evakuierung aus dem Kubangebiet und Nordkaukasus infolge der veränderten politischen Lage nicht mehr möglich gewesen.

Die Berner Dorfkonferenz.

(Eigenbericht des "Lübecker Volksboten".)

Bern, 31. Januar.
Am Freitag trafen Ramsay MacDonald, Will Snowdon und andere englische Delegierte ein; ferner Trotski aus Holland, Lieber und Mission aus Dänemark. Nachts kommt Henderson von Paris zurück. Die französische Parteidlegation ist noch nicht eingetroffen.

Der vorläufige Verhandlungsleiter, Brandt, kündigte das Einlaufen der Deutschen Zeitschrift der deutschen Wahrheitsdelegation über die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen an. Brandt erklärte, daß über Komplex im Namen der Menschlichkeit zu dieser Frage im Sinne der deutsche Vorschlag Stellung nehmen müsse; das sei aber erst möglich, wenn die Franzosen eingetroffen wären.

Bisher sind 27 Streitfragen über die Grenzziehung angenommen. Zwischen den Delegationen der beteiligten Nationen sind die unverbindlichen Vorbesprechungen über die Grenzfrage im Gange. In der Kommission, welche die Territorialfragen prüfen, die zu befolgten Grundsätze aufstellen und Vorschriften für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts suchen soll, sind 27 Streitfragen über die Grenzziehung angenommen. Zwischen den Delegationen der beteiligten Nationen sind die unverbindlichen Vorbesprechungen über die Grenzfrage im Gange. In der Kommission, welche die Territorialfragen prüfen, die zu befolgten Grundsätze aufstellen und Vorschriften für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts suchen soll,

Aus der Partei.

Zu Kautsky's Richtlinien. Über den Entwurf eines sozialistischen Aktionprogramms schreibt der "Vorwärts": Man kann natürlich über einen oder den anderen Punkt verschiedener Meinung sein, aber vergißt wird man darin auch nur einen einzelnen Sachen, den ein Sozialdemokrat grundsätzlich verwerfen müsse. Es zeigt sich im Gegenteil, daß Kautsky in allen grundlegenden Fragen, die seit dem 9. November den Gegenstand heftiger Kämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung bildeten, auf dem Standpunkt steht, der von der sozialdemokratischen Partei und besonders auch im "Vorwärts" vertreten wurde. Das gilt von Kautsky's Auffassung des Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialismus, der Rolle, die er den Arbeiterräten aufweist, den Bedenken, die er gegen ein überfürstliches und dilettantisches Vorhaben bei der Sozialisierung äußert. Manches ist schärfer gefaßt als von Vitaliabern der Mehrheitspartei, die deswegen von dem verbolschewistischen Teil der Unabhängigen Räte des Kapitals" abschöpfen werden. Kautsky ist eben kein Bolshevik geworden, sondern ein deutscher Sozialdemokrat geblieben, d. h. das revolutionäre Temperament vereinigt sich bei ihm mit wissenschaftlichem Denken und einem starken Verantwortungsgefühl gegenüber der Arbeitersklasse. Gedankenscheine Kautsky heute von uns weniger weit entfernt als einem großen Teil seiner jetzigen Parteigenossen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Generalversammlung der Mitgliedschaft Binnenschiffen auf Elbe, Oder und märkischen Wasserstraßen vom deutzaer Transportarbeiterverband tagte Ende Januar im Gewerkschaftshaus in Berlin. Die Versammlung beschäftigte sich mit dem zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Deutschen Transportarbeiterverband am 12. Dezember 1918 vereinbarten Provision über die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Schiffsschaffungen der Gebiete Elbe, Oder und märkische Wasserstraßen. Sie erklärte die Vereinbarung über die Nacht- und Sonntagsruhe, sowie die Lohnverhöhung für einen anerkennenswerten Fortschritt. Aber es mußte zum Ausdruck gebracht werden, daß die von den Arbeitgebern gewünschten Lohn- und Arbeitsbedingungen der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter in der Binnenschifffahrt noch nicht gerecht würden. Gefordert wurde eine an Mann und Schiff gebundene Nachtstraße von 8 Stunden, fallend in die Zeit von abends 6 bis morgens 6 Uhr; desgleichen eine Sonntagsruhe von mindestens 24 Stunden. Kann aus Betriebsgründen die Sonntagsruhe nicht eintreten, so ist an einem Werktag der gleichen Woche ein Ruhetag zu gewähren. Mindestens jeder dritte Ruhetag muß aber ein Sonntag sein. Als Grundlohn wurde für Bootslute ein Wochenlohn von 90 Mk als Minimum bezeichnet. Die Leute in der Binnenschifffahrt seien angesichts der schwierigen Lage des deutschen Wirtschaftslebens bereit, Opfer zu bringen. Es müßte aber beachtet werden, daß der Binnenschiffer die Kosten von zwei Haushaltungen zu bestritten habe. Die von Schünning betriebene Organisationsarbeit wurde allzeit aufs höchste verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Berlin und die Revolutionsschäden. Eine wahre Hoffnung von Entschädigungsansprüchen stürmt über den Berliner Magistrat herein. Schon sind an 3000 Schadensersatzforderungen, teilweise mit den sonderbarsten Begründungen erhoben. So fordert ein großes Berliner Unternehmen, daß dessen Bauleidenschaft während der ganzen Revolutionstätigkeit nicht im mindesten gesunken haben, Erhalt für entgangenen Gewinn, daß das Verlagshaus in der fraglichen Zeit gleichzeitig blockiert gewesen sei und die Zeitung daher nicht habe erscheinen können. Ein Spießclub, den durch falsche Sicherheitsolden die Spielfasse "Beschlagnahme" worden war, fordert durch den Rechtsanwalt die Wiederverstattung der ihm abgenommenen 200 000 Mk. Einbrüche während der Spartakuswoche, abgerissene Augen und anderes mehr geben Anlaß zur Anhangigmachung zu Entschadigungsforderungen gegen die Gemeinde Berlin. Alle diese Forderungen stützen sich als rechtliche Unterlage auf das Gesetz des bei öffentlicher Auflösung verursachten Schadens vom 11. März 1850. Gegen Rechtsansprüche der im Schloß wohnhaften Angestellten des ehemaligen königlichen Hofs wird geltend gemacht, daß das Schloß — "nicht in Berlin" liegt, sondern einen eigenen Gutsbezirk für sich bildet. Der Magistrat ist zu der Überzeugung gelommen, daß das "Tumultgeley" grundsätzlich auf die Revolution überhaupt keine Anwendung finden kann. Auf Ereignisse mehr lokalen Charakters zugezähmt, hat das Gesetz ganz offenbar nicht die Folgen einer allgemeinen Staatsumwälzung im Auge, die, wie die urplötzliche, das staatliche Leben auf völlig veränderte Grundlage stellt. Der Magistrat ist daher der Ansicht, daß nicht die Stadt Berlin, sondern Staat und Reich die Revolutionsschäden zu übernehmen haben.

60 deutsche Kriegsgefangene verunglückt. Ein Munitionswagen explodierte Sonnabend nachmittag zwischen Neubauge und Longwy. 60 deutsche Kriegsgefangene, drei französische Soldaten und ein amerikanischer Soldat wurden getötet. Zahlreiche Personen sind verwundet. Das Unglück ereignete sich infolge der Unvorsichtigkeit eines Soldaten, der eine Granate fallen ließ.

Schwere Diphtherie-Epidemie in Schweden. In verschiedenen Gegenden Schwedens ist die Grippe von der Diphtherie abgesetzt worden, die außerordentlich schwer austritt und viele Opfer fordert. Dazu gesellt sich ein Mangel an Heißerum, der durch einen bedauerlichen Mangel an Voraussicht der Medizinalbehörden hervorgerufen ist. Es kann nicht genug Serum hergestellt werden, da die Pferde, von denen das Serum gewonnen wird, infolge des Krieges in sehr schlechtem Gesundheitszustande sind. Sie haben nämlich lange Zeit fast ausschließlich mit größerem

6. Fortsetzung.

Sie istheim — beim Herrn Czabel, ihrem Meister, nicht gut angekriechen." „Meshals nicht — nach Ihrer Ansicht? Ist das Kind faul, ungeschiickt, widerwillig oder —?" „Keins von alledem, gnädiges Fräulein. Nur — der Mann kann es eben mal nicht leiden und er malträtiert es, wo er kann." „Die Anklage, die in der Behauptung liegt, ist schwer, Frau Nieritz. Können Sie sie auch vertreten?" „Ganz gewiß. Ich habe auch Beweise." „Welcher Art?" „In den Merkmalen der Füße, Schläge, Kniffe, die Berta fast täglich mit nach Hause bringt." „Nicht möglich. Ja, aber warum in aller Welt nehmen Sie denn das Kind nicht fort?" „Weil — weil wir dachten und noch hoffen, es werde sein Brot beim Theater finden." „Als Tänzerin?" „Allerdings. Berta besitzt Grazie in ihren Bewegungen. Alle, die sie kennen, rieben dazu. Ihr Onkel, meines Mannes Bruder, meinte sogar, man würde sie vielleicht für Kinderrollen anstellen, und dann sei ihr Glück gemacht." „So, und dieser Bruder Ihres Mannes — wußte er was vom Theater?" „Gewiß, er war lange, fast dreißig Jahre dabei." „Als?" „Als Hilfsfeuerwehr." „Als Feuerwehr? Hmhm." Daniela lächelte. „Und — tüchtig in seinem Fach?" „Außerordentlich." „Sehen Sie — hat es aber doch nicht weiter, als bis zum Hilfsfeuerwehr trocken seiner dreißig Jahre im Dienst gebracht. Daraus könnten Sie schon sehen, wie schwer es mit dem Weiterkommen bei uns ist. Ihnen fehlt der Richtige, um Ihnen zu sagen, wie es bei der Bühne zugeht, was ein jedes Theater, ob groß oder klein, im Grunde eigentlich ist."

Frau Nieritz sah auf die Sprecherin, gespannt, wie fragend. „Warum nicht?" „Weil — weil — Herr Czabel wurde frech zu mir. Er scheint ein zynischer Mensch. Genügt hat mein Weg rein garnichts, im Gegenteil —“ „Das läßt sich denken — wenn Sie nicht freundlich zum Herrn Czabel waren —“

„Gnädiges Fräulein!“ Etwas wie aufwallende Heftigkeit durchzitterte die Antrede der Frau Nieritz, gleich aber bemerkte sie sich wieder und fuhr erzwingen ruhig fort. „Auch wir Kleinen haben unsere Ehre.“ „Einen Rat, gnädiges Fräulein. Ich hörte so viel von Ihrer Güte, von Ihrem Einfluß, aber auch —“ „Den berüke ich gar nicht, bitte Frau," vermaßte sich Daniela gleich. „Man dichtet ihr mit fälschlich an, weil ich eine Stellung hier bekleide, die ich aber schändig würde, wenn ich mich im Sache mischte, die mich gar nichts angehen. Sind Sie jetzt denn schon beim Herrn Ballettmeister gewesen, ihm Vorstellungen zu machen?"

Frau Nieritz ging es wie eine Blutwelle über das Gesicht. „Zweimal schon," sagte sie, „aber — zum dritten Male geh' ich nicht.“ „Warum nicht?"

„Weil — weil — Herr Czabel wurde frech zu mir. Er scheint ein zynischer Mensch. Genügt hat mein Weg rein garnichts, im Gegenteil —“

„Das läßt sich denken — wenn Sie nicht freundlich zum Herrn Czabel waren —“

„Gnädiges Fräulein!“ Etwas wie aufwallende Heftigkeit durchzitterte die Antrede der Frau Nieritz, gleich aber bemerkte sie sich wieder und fuhr erzwingen ruhig fort. „Auch wir Kleinen haben unsere Ehre.“

Frau Nieritz sah auf die Sprecherin, gespannt, wie fragend.

„Nein.“

„Nein?“

Etwas bestremdet blieb hier Daniela, aber:

„Sie nur unbekümmert weiter," sagte sie und Frau Nieritz tat es.

